



Freie Apothekerschaft übergibt rund 80.000 Unterschriften in Berlin!

Von Pressemitteilung

Erstellt am 23 Apr 2012 - 17:45

Freie Apothekerschaft übergibt Unterschriftenlisten gegen Rabattverträge:
Rund 80.000 Patienten wollen „die Arzneimittel, die unsere Ärzte verschreiben

Am Montag, 23. April 2012, übergab der Vorstand der „Freien Apothekerschaft e.V.“ Herrn Wolfgang Zöller (MdB), dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung, im Bundesministerium für Gesundheit rund 80.000 Unterschriften von Patienten.

Die Freie Apothekerschaft, ein Zusammenschluss selbständiger Apotheker, startete die Unterschriftenaktion im Sinne ihrer Patienten und Kunden unter der Überschrift „Wir wollen die Arzneimittel, die unsere Ärzte verschreiben“ im Sommer 2011. Die bundesweite Protest-Aktion gegen die Rabattverträge der Krankenkassen traf den Nerv der Bevölkerung; das beweist die hohe Zahl der Unterschriften mehr als deutlich.

Je nach Lage der im Jahre 2007 eingeführten, so genannten „Rabattverträge“ zwischen Krankenkassen und den Herstellern von Arzneimitteln ist die Apotheke zum „Tausch“ von Arzneimitteln verpflichtet. Damit bekommt der Patient möglicherweise nicht „sein“ gewohntes Medikament, sondern ein Präparat eines anderen, „günstiger“ anbietenden Herstellers.

Dieser ständige Austausch von Arzneimitteln führt zu einer erheblichen Verunsicherung der Patienten, die ihren Ärger und ihr Unverständnis in den Apotheken abladen. Speziell ältere Menschen, die an mehreren Gebrechen leiden, müssen sich nach einer neuen Verhandlungsrunde über die Rabattverträge oft auf andere Medikamente einstellen. Das führt einerseits zu Verwirrungen bei der Frage, welche Tabletten denn nun einzunehmen sind – und zudem zu – teils erheblichen – Nebenwirkungen.

Versicherte, deren multiple, chronische Krankheiten die Einnahme vieler verschiedener Medikamente erfordern, verlieren bei der Einnahme ihrer Präparate durch wechselnde Mittel schon einmal den Überblick. Denn das „neue“ Medikament kann anders aussehen, muss möglicherweise anders dosiert und anders eingenommen werden. Obendrein führen häufige Wechsel der Vertragspartner zu Verunsicherungen, da der Patient einmal freie Mittel bekommt und beim nächsten Mal eine Zuzahlung leisten muss.

Der Ärger und die Verunsicherung der Patienten halten seit Jahren an. Denn die Bundesregierung gibt dem offenkundigen Willen der entnervten Patienten, genau die Medikamente zu erhalten, die ihnen ihr Arzt verschreibt, bis heute nicht nach.

Eine Petition der Freien Apothekerschaft zu diesem höchst sensiblen – und für die Gesundheit der Patienten existenziellen – Thema lehnte der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags aus nicht nachvollziehbaren Gründen ab. Darauf ergriff der Verein im Sommer vergangenen Jahres die Initiative und startet seine bundesweite Unterschriften-Aktion, an der sich Apotheken, Arztpraxen und Selbsthilfegruppen beteiligten.

Wolfgang Zöller (MdB), im November 2009 zum Patientenbeauftragten der Bundesregierung ernannt, setzt sich als langjähriger Gesundheitspolitiker für eine sichere Arzneimittelversorgung ein. Patienten, so Zöller, „haben oft das Gefühl, Bittsteller zu sein. Sie fühlen sich oft ohnmächtig in dem für sie intransparenten Gesundheitssystem“. Ein Eindruck, der sich auch der Freien Apothekerschaft, ihren Mitgliedern und Patienten aufdrängt.



Freie Apothekerschaft übergibt rund 80.000 Unterschriften in Berlin!

Veröffentlicht auf medkom24 (<http://www.medkom24.eu>)

Im Rahmen des knapp einstündigen und in konstruktiver Atmosphäre geführten Gespräches zeigte Zöller großes Verständnis für die Belange und Sorgen der Patienten. Er begrüßte die Initiative ganz besonders, da ihm wegen der Rabattverträge bereits unzählige Beschwerden von Patienten vorliegen.

Zöller verwies auf das Beispiel einer Krankenkasse, die bereits signalisiert habe, wieder die Arzneimittel zu bezahlen, welche vom Arzt verordnet werden.

Der Patientenbeauftragte wertet dieses als einen ersten, notwendigen Schritt in die richtige Richtung. Zugleich äußerte er gegenüber dem Vorstand des Vereins den Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung von selbständigen Apothekern in der öffentlichen und politischen Diskussion, etwa bei Anhörungen. Hier sollten sich die Pharmazeuten künftig stärker einbringen.

Der Vorstand des Vereins Freie Apothekerschaft dankt allen Kolleginnen und Kollegen recht herzlich für die Mithilfe bei der gelungenen bundesweiten Protest-Aktion von Patienten.

Aktuelles Bildmaterial zur Unterschriften-Übergabe in Berlin finden Sie unter <http://www.freie-apothekerschaft.de/presse/pm0412.jpg> [1]

- [Gesundheit und Vorsorge](#)

Quellen URL (aufgerufen am 31 Dez 2020 - 07:07): <http://www.medkom24.eu/node/16139>

Links:

[1] <http://www.freie-apothekerschaft.de/presse/pm0412.jpg>